



19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

A 001 Lfd.-Nr. 1149

DGB-Bundesvorstand

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Annahme

Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen: (Auszug)

Lohn muss zum Leben reichen, Sicherheit bieten und Lebensplanung ermöglichen. Wir nehmen nicht hin, dass sichere durch unsichere, unbefristete durch befristete, gut bezahlte Arbeit durch Niedriglohn-Jobs ersetzt werden. Die zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen muss korrigiert werden. Die politisch gewollte Liberalisierung der Leiharbeit, die Ausweitung von Befristungsregeln, der Wegfall des Zumutbarkeitsschutzes, die Einführung von Ein-Euro-Jobs und des Arbeitslosengeldes II als Kombilohn sowie die Subventionierung der Minijobs haben Lohndumping in den letzten Jahren erheblich gefördert und die gewerkschaftliche Macht zur Durchsetzung höherer Einkommen geschwächt. Notwendig ist eine Re-Regulierung, also die Durchsetzung neuer Rahmenbedingungen und sozialer Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, um gute Arbeit für möglichst alle durchzusetzen. Minijobs und die Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung müssen zurückgedrängt werden. Die Kriterien zur Arbeitsaufnahme für „Hartz IV“-Bezieher müssen die Qualifikation der Arbeitslosen berücksichtigen und gewährleisten, dass nur tariflich oder ortsüblich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse zumutbar sind.

Auch die gesetzlichen Grundlagen der Leiharbeit, mit denen Arbeits- und Tarifbedingungen zunehmend unterlaufen und Dumpinglöhne etabliert werden, müssen dringend geändert werden. Wir fordern gesetzliche Regelungen, mit denen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vom ersten Tag an mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb gleichgestellt werden – beim Entgelt und allen weiteren Leistungen und Arbeitsbedingungen.

Immer noch werden Frauen in gleicher Position schlechter bezahlt als Männer. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss also endlich realisiert werden. Gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden. Um dieses Ziel zu erreichen müssen alle gesellschaftspolitischen Kräfte ihrer Verantwortung gerecht werden: vom Gesetzgeber über die Tarifvertragsparteien bis zu den betrieblichen Akteuren sind im Rahmen einer national abgestimmten Strategie mehr Anstrengungen erforderlich. Außerdem setzen wir uns nachdrücklich für die repräsentative Vertretung von Frauen in Führungspositionen, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und die Herstellung von Arbeitsbedingungen ein, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.